

Interview

Risiko Asyl

Der Flüchtlingsaktivist Turgay Ulu über Flüchtlingslager in Deutschland, europäische Asylpolitik und das Risiko des politischen Widerstandes

Seitdem Menschen in Gruppen leben, gibt es Flucht und Vertreibung. Armut, Krieg, Umweltkatastrophen, Unterdrückung, politische Verfolgung oder Krankheitsepidemien sind für Millionen Menschen weltweit trauriger Alltag und Grund, ihre Heimat zu verlassen. In Deutschland erreichte die Zahl der Asylbewerber_innen im Juli 2014 nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den höchsten Wert seit über 20 Jahren: Knapp 20.000 Asylanträge gab es allein in diesem Monat.

So verschieden die Hintergründe von Flüchtlingen sein können, sie alle nehmen die größten Gefahren und Anstrengungen auf sich, um ihr Ziel zu erreichen: ein Leben in Sicherheit und Würde. Doch der Weg dahin ist oft lang und voller Hürden. Denn endlich im Zielland angekommen, sehen die Geflüchteten sich unter Umständen ganz anderen Risiken ausgesetzt: zum Beispiel von einem Staat oder einer Behörde abhängig zu sein, isoliert zu werden, ohne die Sprache zu sprechen oder die bürokratischen Prozesse zu verstehen.

Über diese Risiken sprachen wir mit Turgay Ulu, einem Flüchtlingsaktivisten und bekennenden Marxisten aus der Türkei, der 1996 in seiner Heimat festgenommen wurde, weil ihm, so *Amnesty International*, unter anderem die Teilnahme an einer bewaffneten Aktion vorgeworfen wurde. Er verbrachte 15 Jahre in Isolationshaft und flüchtete nach seiner Freilassung über Griechenland nach Deutschland.

FRAGEN: **MAGDALENA GACK**

ÜBERSETZUNG: **EMINE DEMIR**

ILLUSTRATION: **BENJAMIN BERTRAM**

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in der Türkei immer wieder zu Einflussnahmen des Militärs auf die Politik. Etwa am 12. September 1980 putschte die Militärjunta und verhängte Kriegsrecht über das ganze Land; das Parlament wurde aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt. Zahlreiche Politiker_innen, Journalist_innen und Intellektuelle wurden des Links- oder Rechtsextremismus bezichtigt und verhaftet. Zudem gab es ‚Säuberungen‘, um die Gesellschaft zu entpolitisieren.

Turgay, würdest du uns etwas über deine Herkunft erzählen?

Ich bin in Kars geboren. Kars ist ein sehr geschichtsträchtiger Ort, mit ganz vielen verschiedenen Glaubensrichtungen. Es ist eine alte Stadt, eine sehr interessante Stadt.

Ich bin dort geboren und in Kommune-ähnlichen Traditionen aufgewachsen. Es gab dort damals keinen Strom, keine Technik. Als ich geboren wurde, war es so, dass die Arbeit geteilt wurde, dass die

Ernte einmal von den einen, dann von den anderen eingeholt wurde, und dass die Verbindung zur Natur viel stärker war. Das Bedürfnis nach einem Markt oder Einkaufen war auch nicht da, weil die Menschen alles selber produziert haben.

Es gab ein natürliches kommunales Leben dort. Also wenn du etwas brauchtest, wenn dein Schloss nicht funktionierte, dann bist du zu deinem Nachbarn gegangen und hast dort um Hilfe gebeten oder das Nötige geholt.

Und was Kars auch besonders macht, sind eben die verschiedenen Kulturen und Glaubensrichtungen. Zum Beispiel leben dort Karapapaken, Aleviten, Tscherkessen, Assyrer, Kasachen, Kirgisen.

Im Herbst 2012 marschierten 20 Asylsuchende 28 Tage lang von Würzburg nach Berlin, um vor dem Bundestag für bessere Lebensbedingungen zu protestieren.

**Was hast du in deiner Heimat politisch gemacht?
Wie bist du politisiert worden?**

Mit Politik bin ich in Istanbul auf dem Gymnasium in Berührung gekommen. Also natürlich hatte ich davor auch Berührung mit der Politik oder habe die Geschichten von meinen Brüdern gehört, über die militärische Junta und was das Militär den Dorfbewohnern angetan hat. Aber erst auf dem Gymnasium habe ich dann auch angefangen, mich mit Marx und Darwin zu beschäftigen.

**Und wie hat dich deine Geschichte dann nach Berlin geführt? Was hast du dort politisch gemacht?
Du hast lange für politische Arbeit im Gefängnis gegessen, wie kam es dazu?**

Ich bin Journalist und Schriftsteller. Wir haben im Gymnasium und in der Universität für außerwissenschaftliche Bildung gekämpft. Wir haben zum 1. Mai oder 8. März Proteste organisiert, ich habe Texte geschrieben, Bücher geschrieben. Bis ich festgenommen wurde. Das erste Mal bin ich 1994 festgenommen worden und einen Monat im Gefängnis gewesen. Eine Woche lang wurde ich gefoltert, mit Elektroschocks, Palästina-Methode [Anm. d. Red.: das Aufhängen an den Armen] und

Vietnam-Methoden. Das zweite Mal bin ich 1996 festgenommen worden und bis 2011 im Gefängnis gewesen. Im Gefängnis habe ich 60 Tage Hungerstreik gemacht, im Widerstand gegen die Isolationsgefängenschaft. Ich war fünf Jahre allein im Gefängnis, in einem kleinen Zimmer, dann sind wir in den Hungerstreik getreten. Danach hat *Amnesty International* (AI) eine Kampagne für mich organisiert, denn AI hat gesagt, er ist kein Terrorist, er ist Journalist und Schriftsteller. Aber die türkische Regierung und die Gerichte haben gesagt, er ist terroristischer Journalist. Dann war ich 60 Tage lang im Hungerstreik und habe danach zweimal vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewonnen.

Die türkische Regierung hat zu dieser Zeit ein Gesetz der Europäischen Union unterschrieben. Ich war fünfzehn Jahre lang ohne Strafverfahren im Gefängnis. Dieses Gesetz hat gesagt: Das ist nicht normal. Für kriminelle Gefangene gilt ein Maximum von fünf Jahren, für politische Gefangene von zehn Jahren, mehr geht nicht. Ich musste freigelassen werden. Aber zwanzig Tage später hat mir das Gericht eine lebenslange Strafe ausgesprochen. Die Polizei wollte mich wieder festnehmen und daraufhin bin ich nach Griechenland geflohen und später nach Deutschland.

**Wie bist du zu dem Refugee-Protest gestoßen?
Wie kam es dazu, dass du Teil dieser Bewegung wurdest?**

Ich bin in ein Flüchtlingslager gegangen und habe gesehen, dass es einem Gefängnis gleicht, mit vielen Kameras, Security, schlechtem Essen. In Griechenland gibt es sehr schlechte Gefängnisse [Anm. d. Red.: Flüchtlingslager]. Kein warmes Wasser, kein Essen, keine Duschen und hundert Leute in einem kleinen Zimmer. Es war so schlimm, dass wir einen Hungerstreik organisiert haben. Dann bin ich nach Deutschland gekommen und in Deutschland gibt es das Isolationslagersystem. Big Brother. Wir haben lokalen Widerstand organisiert, die Kantine besetzt, alle Teller kaputt gemacht, weil das Essen so schlecht war. Jeden Tag gab es das gleiche Essen. Reis ohne Öl, ohne Salz. Danach haben wir ein Camp organisiert, mit ver-

schiedenen lokalen Flüchtlingsgruppen, in Erfurt, 2012. Das hieß *Break Isolation Camp*. Da haben wir die anderen Gruppen kennengelernt und darüber diskutiert, dass lokaler Widerstand nicht genug ist für die deutsche Asylpolitik, dass wir einen großen Widerstand brauchen. Daraufhin haben wir den Marsch nach Berlin geplant.

Wer ist „wir“, wenn du von „wir“ sprichst? Wie kann man so einen Widerstand organisieren?

Politische Flüchtlinge, die auch aus anderen Ländern kommen, zum Beispiel aus dem Iran, aus Afghanistan oder dem Sudan. Das war keine große Gruppe. Wir haben diesen Widerstand mit 15 Leuten gestartet, vor zwei Jahren. Das erste Mal haben wir einen Hungerstreik in Würzburg organisiert, eine Kantine besetzt in Osnabrück, in Hannover auch. Und danach sind wir von Würzburg nach Berlin gelaufen.

Welche Forderungen habt ihr und wie sind sie zustande gekommen?

Wir haben den Berlin-Marsch organisiert und drei generelle Forderungen formuliert: Residenzpflicht abschaffen, Lagersystem abschaffen, Abschiebung stoppen. Dazu gehörten auch das Gutscheinsystem und anderes.

Was, würdest du sagen, ist deine Rolle für den Protest?

Ich bin auch Widerstandskämpfer, ganz normal. Weil ich lange Zeit politisch gearbeitet habe, sind Widerstand oder Protest normal für mich.

Du sagst, für dich ist es selbstverständlich, politisch aktiv zu sein. Waren die anderen auch vorher politische Aktivist_innen?

Ja, zum Beispiel im Iran gibt es auch viele marxistische Gruppierungen gegen das Regime. Oder

Residenzpflicht: Nach §56 des Asylverfahrensgesetzes müssen sich Asylbewerber_innen und Geduldete in dem Bereich aufhalten, der von der zuständigen Behörde festgelegt wurde.

Asyl: Artikel 16a des Grundgesetzes gewährt politisch verfolgten Menschen Asyl. Einschränkungen gibt es, wenn die Asylsuchenden über Drittstaaten eingereist sind oder aus einem EU-Mitgliedsland stammen. Nur berücksichtigt ist gravierende, politische Verfolgung, die von einem Staat ausgeht.

Duldung: Nach §60a des Aufenthaltsgesetzes ist die Duldung eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung.

Abschiebung: Nach §58 des Aufenthaltsgesetzes ist Abschiebung die Durchsetzung der Ausreisepflicht, wenn die betroffene Person keinen Aufenthaltstitel besitzt, also wenn zum Beispiel kein Asyl gewährt wird.

Lagersystem: In einigen deutschen Bundesländern werden Flüchtlinge vorrangig in Not- und Großunterkünften einquartiert, anstelle von dezentraler Unterbringung, zum Beispiel in Wohnungen.

Gutscheinsystem: Nach §3 des Asylbewerberleistungsgesetzes wird der „notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts [...] durch Sachleistungen gedeckt“. Meist wird hier jedoch auf Gutscheine oder Geldleistungen ausgewichen. Zusätzlich bekommen die Asylbewerber_innen einen monatlichen Barbetrag von zurzeit 140 € für Alleinstehende.

Menschen aus dem Sudan, aus der Bewegung des Arabischen Frühlings. Nicht alle waren gleich, aber alle waren gegen das jeweilige Regime.

Haben sich auch Menschen an dem Protest beteiligt, die vorher nicht politisch waren?

Ja natürlich, viele Leute sind durch den Protestmarsch politisiert worden. Die Refugee-Bewegung ist keine homogene Bewegung, sie ist sehr heterogen. Es treffen sich verschiedene Ideologien, verschiedene Traditionen, verschiedene Sprachen, verschiedene Religionen. Aber die Problematik ist die gleiche. Die europäische Asylpolitik ist das Problem, gegen das wir alle zusammen kämpfen.

Woher, würdest du sagen, kommt die Bereitschaft, sich so einem Kampf zu stellen, sich gegen die Gesetze eines Staates zu stellen? Woher nimmt man die Motivation?

Die Motivation ist: Wir haben in Lagern gelebt, alles andere hat der Staat verboten. Zum Beispiel haben wir keinen Kontakt mit der Gesellschaft, kein normales Leben. Wir möchten mit Freunden einen Kaffee trinken, aber das geht nicht, weil der Gutschein nicht gültig ist für Kaffee. Du musst andere Dinge kaufen, zum Beispiel ein T-Shirt. Auch wenn ich kein T-Shirt brauche, sondern manchmal Kaffee oder Tee, aber das geht nicht. Das ist ein kolonialistisches Gesetz, denn es ist nicht meine Entscheidung, was wichtig für mich ist, sondern die der Regierung. Die Regierung hat gesagt: „Dieses T-Shirt, blau oder grün, das ist gut für dich.“ Das ist ein Element von Rassismus, das uns hier begegnet. Davon gibt es viele. Wir sind mit einem schwarzen Mitbewohner in die Disko gegangen, aber in der Disko hat man uns gesagt: „Nee, für Schwarze ist der Eintritt in die Disko verboten.“ Das ist ein Beispiel.

Wusstest du, bevor du nach Deutschland gekommen bist, dass der Staat hier so stark reglementiert?

Ja, ich habe viele Bücher gelesen vom europäischen System. Foucault habe ich auch gelesen. Foucaults Panoptikum. Ich weiß, dass das europäische System ein Isolationssystem ist. Nach Foucault gibt es in der Normalgesellschaft viele psychologische Probleme, denn viele leben in Isolation, allein. So

habe ich das vorher immer verstanden. Aber von dem Gutscheinsystem und den anderen Dingen wusste ich vorher nichts.

Warum bist du nach Deutschland gekommen? Hättest du auch woanders hingehen können?

Zufall. Ich bin hierhergekommen, weil ich hier eine Journalistin kenne, die auch ein politischer Flüchtling ist und in Deutschland lebt. Und Deutschland hat viele, drei Millionen, türkische Migrant_innen und ein bisschen Arbeiterbewegung und so fort. Um politisch aktiv zu sein, ist Deutschland besser als andere Staaten. Die Schweiz, habe ich gehört, soll ein sehr starkes Kontrollsystem haben.

Was kritisierst du an der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union?

Die europäische Flüchtlingspolitik ist die Weiterführung eines kolonialen Systems. Dieses System, das natürlich auch sehr stark mit Rassismus verbunden ist, wird auch hier angewandt, in diesem Lagersystem, das letztlich nur eine ästhetisierte Form der Isolationshaft ist.

Die Leute können sich innerhalb ihrer Stadt oder auch teilweise innerhalb des Bundeslandes frei bewegen, mittlerweile. Aber wie sollen sie sich frei bewegen, wenn sie kein Geld haben, wenn sie nicht arbeiten dürfen? Was sollen sie mit diesen Gutscheinen machen? Was unterscheidet sie dann letztendlich von Tieren, wenn sie nur ihre archaischen Bedürfnisse befriedigen können, wie Trinken, Essen, Schlafen. Was macht den Unterschied zwischen Mensch und Tier dann aus?

Aus einer wissenschaftlichen Perspektive betrachtet ist der Mensch ein soziales, psychologisches und biologisches Wesen. Aber dieses System hier nimmt den Menschen nur als biologisches Wesen wahr. Die Menschen in Lagern können ihre kulturellen Bedürfnisse gar nicht befriedigen oder ihnen nachgehen. Sie können nicht wählen und sich nicht entwickeln, sie können sich nicht für ein Kulturprogramm entscheiden oder ins Kino gehen, sie können aber auch keine Freundin oder einen Freund haben. Wenn du das alles wegwirfst, also die psychischen, sozialen Aspekte, was bleibt dann noch übrig? Das ist dann ein Lebewesen, aber es ist kein Mensch mehr.

Und das ist das, was uns letztendlich dazu motiviert hat, etwas gegen dieses Gesetz, gegen dieses System zu machen. Weil wir gesagt haben: Wir sind keine Mäuse, wir sind Menschen und wir wollen wie Menschen leben. Das war die Motivation.

Hast du eine Idee, was die Alternative zu dem Lagersystem und der europäischen Flüchtlingspolitik sein könnte?

Normale Wohnungen. Das ist die Alternative, denn im Lagersystem sind alle Lager zu weit von der Stadt entfernt. Das ist eine Strafmethode. Die Regierung denkt, wenn die Leute lange Zeit im Lager gewartet haben, zwei oder fünf Jahre, zehn Jahre, zwanzig Jahre, unterschiedlich lang, dann gehen die Leute von selbst zurück, weil sie es nicht mehr aushalten. Eine Lösung wäre eine normale Wohnung, Arbeit, Rechte in der Gesellschaft.

Und Europa ist zum Teil auch mitschuldig an den Ursachen, die Menschen zur Flucht bewegen. Zum Beispiel durch Waffenlieferungen, weil dadurch die Fortführung von Kriegen ermöglicht wird. Dieses System ist für die Probleme mitverantwortlich und muss sich deshalb auch um die Lösungen kümmern. Die Alternative sind demokratische Rechte, also Gleichheit. Aber die Integrationspolitik hier beruht mehr auf Assimilation. Sie vermittelt den Menschen, so wie du lebst, ist es falsch, ist es barbarisch. Du sollst dich anpassen, deine Hautfarbe passt nicht, deine Kultur, deine Religion. Das ist eurozentrisch und egozentrisch.

Das Problem hört ja nicht damit auf, Papiere zu erhalten, sondern auch der Status der hier lebenden Migrant_innen ist ein Problem. Die Alternative ist eben, dass alle ein normales Leben haben, ein Leben wie die anderen – und auch die Anerkennung. Wenn hier Menschen herkommen mit einer anderen Hautfarbe, Religion und Kultur, dann geht es erst einmal darum, sie zu akzeptieren. Sie brauchen die Anerkennung, um frei leben zu können. Aber was sie machen, ist immer noch zu suggerieren, so wie du bist, bist du nicht richtig – du bist defekt in deiner Hautfarbe und Religion. Wir therapieren euch, indem ihr euch integriert.

Wer ist „sie“?

Die Regierung. Das System. Natürlich ist es auch ein Problem der Gesellschaft. Hier in Deutschland gibt es einen sehr eurozentrischen Blick und der ist nicht nur ökonomisch, sondern da spielt Deutschland schon nochmal eine besondere Rolle.

Mit der Wirtschaftskrise, die durch Europa auch mitverursacht worden ist, gab es zum Beispiel in Griechenland einen Anstieg der Faschist_innen. Der Rassismus, der dadurch zunahm, war gekoppelt an die ökonomische Krise. Aber in Deutschland ist es eben nicht so. In Deutschland ist der Rassismus nicht gekoppelt an eine ökonomische Krise. Das ist meiner Meinung nach etwas Langanhaltendes.

Kann man innerhalb dieses Systems eine Lösung für eine sinnvolle Asylpolitik finden?

Meiner Meinung nach bewegt sich das europäische System nicht zu einer Lösung hin, sondern eher in eine entgegengesetzte Richtung, und zwar durch die Einrichtung von Frontex [Anm. d. Red.: Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union], durch die Gesetze, die vermehrt rassistisch sind. Was die Regierungen der EU jetzt machen, ist das Asylsystem zu beschleunigen, um Abschiebungen besser durchführen zu können. Es wurden eine Menge Gesetze verabschiedet in Frankreich, in der Schweiz und in Deutschland. Die Schweiz wird ja als demokratisches Land bezeichnet, aber dort wurde Flüchtlingen zuletzt in einem Kanton der Zugang zu öffentlichen Bädern oder zu einem Spielplatz verweigert.

Die Zahl der Abschiebegefängnisse nimmt zu, auch im Zusammenhang mit der Beschleunigung der Abschiebung. Deshalb bewegt sich die Asylpolitik in Europa eigentlich in eine negative Richtung.

Wie wollt ihr eure Forderungen durchsetzen?

Unser einziges Druckmittel ist eigentlich unsere Vereinigung, dass wir gemeinsam auftreten und auf die Straße gehen. Unsere Protestmärsche oder dass wir einzelne Lager besetzt haben, das ist unsere Form des Widerstandes. Die Besetzung von Botschaften, von Parks oder Gebäuden.

Und natürlich haben wir uns mit Parlamentarier_innen

innen getroffen, aber auf dieser Ebene gab es bisher keine positiven Entwicklungen. Wir haben zwei Monate lang mit der Berliner Senatorin Dilek Kolat und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz, verhandelt. Sie haben uns

gesagt, dass ein Transfer unserer Anträge nach Berlin stattfinden würde und dass wir eine Duldung bekommen würden und einen positiven Bescheid. Das ist bisher nicht passiert.

Wir machen natürlich weiter in unserem Protest und unseren Treffen, aber unser einziges Druckmittel ist die Straße. Wir versuchen unsere Probleme eher praktisch zu lösen, indem wir praktische Aktionen machen, wie zum Beispiel, dass wir nicht mehr zurückgehen zu den Lagern, dass wir diese Gesetze brechen. Und das nicht nur auf bundesweiter Ebene, sondern auch europaweit, indem wir eben auch die europäischen Grenzen überschritten haben.



Polizei auch sehr brutal vor, mit Hunden und Tränengas, Schlagstöcken. Die Luxemburger Polizei hat der Polizei in Brüssel auch ein Protokoll geschrieben, mit dem Hinweis: „Die sind gefährlich.“

In Brüssel haben wir die Deutsche Botschaft besetzt und auch dort ging die Polizei mit einer

ähnlichen Gewalt vor. Es kam auch zu Untersuchungshaft, Menschen wurden festgenommen. Vom Europäischen Parlament kam eigentlich nur die Linke auf die Straße und hat gefragt: „Wie können wir euch unterstützen?“ Darüber hinaus gab es eigentlich niemanden, der aus dem Parlament kam.

Es war uns natürlich klar, dass wir als Geflüchtete nicht die Gesetze verändern werden. Aber was wir zumindest geschafft haben, war ein mediales Interesse hervorzurufen. Wir allein können die Gesetze nicht ändern, weil diese Gesetze ein Problem dieser Gesellschaft hier sind. Diese Gesetze waren da, bevor wir da waren. Es sind antidemokratische Gesetze und solange es antidemokratische Gesetze gibt, können wir das nicht ändern, sondern das muss die Gesellschaft hier tun.

Wie ist euer Protestmarsch nach Brüssel im Mai und Juni 2014 abgelaufen? Wie ist euch die Politik dabei begegnet, seid ihr auf großen staatlichen Widerstand gestoßen?

Wir haben natürlich viel Druck erlebt. Es war auch die erste Aktion, die so in diesem Ausmaß, von Geflüchteten organisiert, stattgefunden hat. Wir haben die europäischen Grenzen überschritten und wir wollten zum Beispiel in Luxemburg mit dem Parlament sprechen, aber das hat man uns nicht erlaubt, also haben wir das Parlament besetzt [Anm. d. Red.: sind dort eingedrungen]. Und da ging die

Mit der Verletzung der Residenzpflicht, die ihr ja alle riskiert habt, um den Protest in Berlin durchzuführen, bringt ihr euch doch auch in Gefahr, vom deutschen Staat sanktioniert zu werden?

Wir haben hier mit ca. 500 Menschen die Residenzpflicht gebrochen, aber keine Strafe dafür bekommen. Die Regierung war sich bewusst, dass es durch die Strafverfolgung viele Prozesse und damit auch viele Proteste gegeben hätte, darum hat sie darauf verzichtet. Aber einzeln bekommst du diese Strafe, wenn du alleine unterwegs bist. In der Gruppe haben wir zum Beispiel auch die S-Bahn benutzen können.

Warum hat man den Protestmarsch nach Brüssel nicht verhindert, von staatlicher Seite?

Das Handeln der Regierungen war auch politisches Handeln, denn sie wissen ja, dass man gegen eine Person vorgehen kann, aber gegen eine Gruppe nicht so leicht. Und darüber hinaus gibt es auch Rechte, wie zum Beispiel Versammlungsfreiheit oder ein Protestrecht, ein Streikrecht. In unserer Situation kann man natürlich die Gesetze nicht ändern. Man kann sie überschreiten oder anwenden.

Im Dezember 2012 besetzte eine Gruppe von Flüchtlingen die Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin. Zwischenzeitlich wohnten hunderte Flüchtlinge in dem Gebäude. Ende Juni 2014 drängte ein Großaufgebot der Polizei auf Freigabe des Gebäudes und viele Flüchtlinge zogen daraufhin in Alternativunterkünfte um. Einige Flüchtlinge verblieben in der Schule und es kam zu langen Demonstrationen und Protesten. Nach einer Einigung zwischen den Besetzer_innen und dem Bezirk im Juli durften die verbliebenen Flüchtlinge schließlich in einem Teil der Schule bleiben. Der andere Teil soll zu einem Flüchtlingszentrum umgebaut werden.

Wie schätzt du, vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung, den Verlauf und den Erfolg eurer Aktionen ein?

Was wir in den letzten zwei Jahren erreicht haben, ist, die Asylpolitik in Deutschland, von der viele keine Ahnung hatten, in den Medien und in der Gesellschaft präsent zu machen. Indem wir die Lagersysteme gebrochen, die Residenzpflicht verletzt haben, haben wir es letztendlich mit 500 Leuten geschafft, dass die Thematik überhaupt in den Medien diskutiert wurde.

Was sagst du zu dem Verlauf der Besetzung der Schule? Siehst du es als politischen Erfolg, dass die Gerhart-Hauptmann-Schule umgebaut wird?

Die Politik hat keinen Schritt gemacht, um zu einer

Lösung beizutragen. Die Menschen in der Schule haben etwas unterschrieben, dass sie dort bleiben können und dass Projekte dort umgesetzt werden sollen. Aber natürlich gibt es auch dafür keine Garantie. Durch diesen Druck, durch die neuntägige Besetzung und nach dem Einsatz von knapp 2.000 Polizist_innen, werden wir jetzt erst einmal dort bleiben. Von daher ist es ein kleiner Gewinn. Es ist ein praktischer Gewinn und es hängt natürlich davon ab, was wir daraus machen. Aber es wurde zumindest jetzt als internationales Flüchtlingszentrum anerkannt.

Es ist insofern ein Erfolg, als dass so etwas in Deutschland zum ersten Mal passiert. Das ist, wenn man es aus der Perspektive der Flüchtlingsbewegung sieht, ein sehr wichtiger Schritt. Davor haben immer andere Menschen im Namen der Flüchtlinge Kampagnen gemacht und jetzt machen wir das selber und das ist etwas sehr Wichtiges.

Gibt es in anderen europäischen Staaten parallel ähnliche Bewegungen?

Ja, wir haben Kontakt. In Frankreich gibt es die *Sans-Papiers*-Bewegung, in Amsterdam gab es auch zwei große Platzbesetzungen, in Italien gibt es verschiedene. Wir haben uns getroffen, eine internationale Konferenz organisiert, den internationalen Protestmarsch organisiert.

Wie geht es weiter für die Menschen in der Schule?

Viele Leute haben jetzt keinen Schlafplatz. Und wir organisieren jetzt neue Forderungen. Zum Beispiel §23 für die Bewegung, das ist ein politisches Asylrecht. Und natürlich kämpfen wir weiter, denn Deutschland hat nicht nur hundert oder fünfhundert, sondern hunderttausend Flüchtlinge. Wir müssen für alle Leute eine Lösung finden, aber das ist nicht einfach.

Was beinhaltet der §23 des Aufenthaltsgesetzes?

Das ist eine politische Lösung. Dieser §23 gilt für politische Gruppen. Danach ist eine Entscheidung des Innenministers, ob Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden. Unsere Gruppe des Refugee-Streiks ist eine politische Gruppe und wir sind der Meinung, dass dieser Paragraph eine Möglichkeit für uns ist.

Es geht um ein Aufenthaltsrecht, das unbegrenzt ist. Und es gibt dann keine Abschiebungsgefahr.

Man kann also nur punktuelle Lösungen finden?

Klar hast du Recht, es ist punktuell. Aber dafür muss die deutsche Gesellschaft auf die Straße. Wir allein können das nicht schaffen. Das Problem ist hier und ihr müsst auf die Straße und dafür kämpfen, dass die Gesetze verändert werden. Seien es Arbeitslose, Studierende, Gewerkschaften, die verschiedensten Organisationen müssten sich eigentlich dafür stark machen, auf die Straßen gehen und dafür kämpfen, damit sich was ändern kann.

Die Leute müssten sich dagegen wehren, dass ihre Steuergelder zum Beispiel in Waffenexporte investiert werden, die Leute müssten Fragen stellen und kritisieren, wofür ihre Gelder eingesetzt werden. Darum arbeiten wir auch mit dem Aktionsbündnis *Zwangsräumung Verhindern* zusammen, oder mehr und mehr auch mit Gewerkschaften und mit Schüler_innen, die sind ziemlich stark.

Das eigentliche Problem der politischen Bewegung hier ist eigentlich auch, dass die Menschen in Deutschland nichts riskieren wollen, nicht ihre Arbeit, ihr Bier und ihren Diskobesuch, auch nicht aus Solidarität. Deshalb können diese Gesetze auch nicht verändert werden.

Republik

Aktuelle und historische Erklärungen



NEU

Republik

Ursprünge, Ausgestaltungen, Repräsentationen eines scheinbar universellen Begriffs

Herausgegeben von Heinz-Dieter Assmann,
Frank Baasner und Jürgen Wertheimer

2014, 227 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8487-0384-5

(Wertewelten, Bd. 6)

www.nomos-shop.de/20733

Republik – ob historische Referenz oder aktuelle Politik: Stets beinhaltet der Begriff der Republik ein Versprechen von Gerechtigkeit, Gleichheit und Ordnung. Wenn das Konzept der „Republik“ jedoch unreflektiert über andere Kulturen gelegt wird, sind Missverständnisse vorprogrammiert, zumal der Begriff und die hinter dem Begriff stehenden Konzepte auch in Europa selbst höchst kontrovers diskutiert wurden und noch immer werden.

Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos